



Hauptstadt-Bulletin

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich habe mich seit Montag intensiv dafür eingesetzt, dass vor allem an der deutsch-französischen Grenze wegen der Ausbreitung des Corona-Virus intensive Kontrollen der Bundespolizei durchgeführt werden. Dies geschieht nun auch seit Donnerstag. Es geht jetzt noch darum, mit den Nachbarn noch weitergehende grenzpolizeiliche Maßnahmen abzustimmen, wir brauchen letztlich vollständige stationäre Grenzkontrollen. Das ist die aus meiner Sicht vertretbarste Vorgehensweise in dieser Situation. Grenzsicherungen würden binnen Tagen das gesamte öffentliche Leben lahmlegen. Dann wären erhebliche Versorgungsengpässe und schwere Wirtschaftseinbußen zu befürchten. Mit den verstärkten Grenzkontrollen wird die Bundespolizei die verkehrsmäßig entscheidenden Grenzübergänge, etwa an der Autobahn Weil am Rhein oder an den Rheinbrücken zum Elsass überwachen. Im Maximalfall heißt das Vollkontrollen und kann so weit gehen, dass der Bus- und Zugverkehr auch aus Italien eingestellt werden muss. Im Vergleich zu diesen Grenzmaßnahmen halte ich Schul- und Kitaschließungen allerdings für eine mindestens ebenso geeignete Methode, die Verbreitung des Virus zu verlangsamen und das ist und bleibt das Hauptziel.

Noch profitiert Deutschland im Vergleich zu Italien davon, die ersten Fälle von Infektionen sehr früh erkannt zu haben. Wir verfügen über die größten Potenziale bei der Verfügbarkeit von Tests - auch im weltweiten Vergleich. Und Deutschland gehört zu den Spitzenländern bei der Anzahl der verfügbaren Betten bzw. Intensivbetten in Krankenhäusern im Vergleich zur Einwohnerzahl.

In den letzten Tagen ist einige Kritik geäußert worden, z.B. dass die Politik zu zögerlich agieren würde. Die Bundesregierung und Abgeordnete lassen sich 24 Stunden pro Tag von Fachleuten beraten, ob nun durch das Robert-Koch-Institut oder Wissenschaftler und Fachärzte - dort ist die Expertise! Diese Experten müssen sich auch vortasten, auch für sie handelt es sich zumeist um neues Terrain. Und dazu gehört auch, Vorgehensweisen basierend auf täglich neuen Erkenntnissen und Beratungsrunden, ändern zu müssen. Es geht jetzt auch um Vertrauen in unsere Krisenstäbe, wir verfügen über hervorragende Fachleute. Eine Situation empfinde ich allerdings wirklich unbefriedigend: Ja, mir wären eine zentralere Führung und Koordination, schnellere Entscheidungswege deutlich lieber. Aber das ist nicht das Baumuster unseres föderalen Systems. Und solange in ruhigen Zeiten kaum jemand auf Vorschläge eingehen möchte, föderale Verfahrensweisen für Krisensituationen z.B. im Bereich der Inneren Sicherheit zu überdenken, solange ist es auch nicht fair, den in weiten Teilen nicht zuständigen Bund für mangelnde Koordination zu kritisieren. Auch wenn die Zuständigkeiten oft bei den Ländern liegen, so macht Jens Spahn doch als oberster Krisenmanager zur Zeit einen beeindruckenden Job.

Ihr



Armin Schuster MdB
Im Deutschen Bundestag
Für den Wahlkreis
Lörrach-Müllheim

Bundestagsbüro
Tel.: 030 227 – 71005
Fax: 030 227 – 76606
E-Mail: armin.schuster@bundestag.de

Wahlkreisbüro
Tel.: 07621 – 4258033
Fax: 07621 – 4258033
E-Mail: armin.schuster.wk@bundestag.de



Erstes Biosphärentreffen im Deutschen Bundestag

Mit einer gemeinsamen Initiative der CDU-Abgeordneten Michael Donth, Dr. Klaus-Peter Schulze und Armin Schuster soll die bundespolitische Bedeutung der Biosphärengebiete in Deutschland stärker betont werden. Beim ersten „Biosphäre-Treffen“ im Deutschen Bundestag waren die Präsidentin der deutschen UNESCO-Kommission, Frau Prof. Dr. Maria Böhmer, ihr Generalsekretär Dr. Lutz Möller, und die Vertreter deutscher Biosphärenreservate, Walter Kemkes (Biosphärengebiet Schwarzwald), Joerg Voßhage (Biosphärenreservat Thüringer Wald) und Eugen Nowak (Vorstand der Nationalen Naturlandschaften e.V.) zu Gast, um Ideen für eine Fortentwicklung des bundespolitischen Engagements zu erarbeiten.



Von links nach rechts: Walter Kemkes, Eugen Nowak, Prof. Dr. Maria Böhmer, Dr. Lutz Möller

Rede im Plenum des Bundestages zur inneren Sicherheit

In der Debatte zum Antrag der AfD mit dem Titel „Grenzen sichern“ fordert die Oppositionspartei die Bundesregierung zu Maßnahmen bezüglich der Sicherung der EU- und Binnengrenzen auf, die „schon längst durchgeführt werden“, so Armin Schuster in seiner Rede im Hohen Haus. Die europäische Außengrenze stehe unter Stress, aber sie stehe sicher. Das liege daran, dass die Bundesregierung diesbezüglich eine klare Haltung an den Tag lege, bekräftigte der Innenexperte. Die Bundesregierung tue alles dafür, damit Europa funktioniere, deshalb werde es keinen deutschen Alleingang bei der Aufnahme von Flüchtlingen geben.

Die gesamte Rede können Sie [HIER](#) abrufen.

Die Zukunft der Landwirtschaft in Heitersheim

Die stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Gitta Connemann, gab in Heitersheim tiefe Einblicke in die aktuellen landwirtschaftspolitischen Herausforderungen. Dazu gehört die Zukunft der gemeinsamen Agrarpolitik, Artenschutz oder Fragen der Ernährungssicherheit. Die Bundestagsabgeordnete gab den Anwesenden auch kritische Fragen mit auf den Weg, über die Verbraucher gemeinsam nachdenken sollten, z.B.: Passen eigener Anspruch und die Lebensweise zusammen? Gitta Connemann zeigte sich als leidenschaftliche Verteidigerin der Bauern: „Ich möchte mir unser Land ohne Landwirtschaft nicht vorstellen“, bekräftigte sie.



Im Bild links: Gitta Connemann



TERMINHINWEISE

Ich werde kommende Woche die Verhaltensmaßregeln des Bundestagspräsidenten einhalten und alle aufschiebbaren öffentlichen Termine absagen. Es geht mir dabei vor allem um die Menschen, die ich durch mein Erscheinen ansonsten eventuell dazu motiviere, ihr persönliches Risiko unnötigerweise zu erhöhen. Andererseits möchte ich als Parlamentarier mit dafür sorgen, dass wir in Berlin arbeitsfähig bleiben. Ich hoffe auf Ihr Verständnis!

Ihr Armin Schuster